



Staatsdienst muss attraktiv bleiben!

„Wenn wir auch zukünftig die besten Leute für die Arbeit in der Finanzverwaltung gewinnen wollen, müssen wir den Staatsdienst attraktiver machen, und zwar jetzt!“ Das betonten der bfg-Landesjugendleiter Florian Köbler und David Dietz, bfg-Bezirksjugendleiter, in einem ausführlichen Gespräch mit dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses im Bayerischen Landtag, Peter Winter, Anfang Juni in München. Um das zu erreichen, legten die beiden dem Abgeordneten ein Maßnahmenpaket vor, das der „Generation Z“ eine Laufbahn im öffentlichen Dienst schmackhaft machen soll. Aber auch der Quereinstieg – beispielsweise für Studienabbrecher – soll erleichtert werden.

„Im öffentlichen Dienst zu arbeiten, kommt vielen sehr gut qualifizierten Schulabgängern der sogenannten Generation Z gar nicht in den Sinn, wenn es um Fragen der Berufswahl geht“, sagte Dietz. Dass die Ausbildung für die QuE 3 einem Studium an einer öffentlichen Universität gleichkommt, sei vielfach unbekannt. Zudem fehle der Arbeit im Finanzamt die Strahlkraft. Wer von den Schulabgängern wisse schon, wie spannend und anspruchsvoll die Aufgaben beispielsweise in der Betriebsprüfung, der Steuerfahndung oder auch in der IT sein können. Auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sei für die junge Generation ein sehr wichtiger Punkt bei der Berufsentscheidung. Hier müsse man dranbleiben.

Deshalb schlägt die bfg-Jugend die Einführung eines „Tag des öffentlichen Dienstes“ vor, der auf öffentlichen Plätzen über die vielfältigen Möglichkeiten der beruflichen Laufbahnen im öffentlichen Dienst informiert – ähnlich dem bundesweiten „girls day“, der Mädchen für MINT-Berufe interessieren soll.

Außerdem sei es erforderlich das LPA-Verfahren flexibler und schneller zu machen: „Ein junger Mensch, der sich beruflich umorientieren will, wartet nicht über zwei Jahre lang auf einen Studienplatz in der Finanzverwaltung.“ Ein erster Schritt zur Verbesserung der Situation sei es, wenn die Gültigkeit des Testergebnisses verlängert würde; dieses nicht für das Einstellungsverfahren im Folgejahr hinfällig sei. Es habe sich in der bisherigen Retrospektive gezeigt, dass Test- und Ausbildungsergebnisse durchaus mit dem Schulerfolg weitgehend korrelierten, so Köbler. Das ändere sich

auch nicht, wenn die Gültigkeit des LPA-Testergebnisses verlängert wird.

Darüber hinaus sei es auch aufgrund der Digitalisierung essentiell, die Entwicklungsmöglichkeiten in der QuE 2 zu verbessern. Da in ein paar Jahren die einfachen, leicht zu standardisierenden Aufgaben durch computerisierte Mechanismen abgearbeitet werden, verblieben bei den Mitarbeitern die schwierigeren Einzelfälle, die intensiv geprüft werden müssen und großes Fachwissen erfordern. „Mit dem neuen Dienstrecht haben wir die Möglichkeit, unsere gut ausgebildeten Kollegen/-innen in der QuE 2 für diese höherwertigen Aufgaben weiterzuqualifizieren, Aufstiegsmöglichkeiten zu bieten und das hauseigene Potential zu nutzen“, so Köbler. Man könne dann sogar mit dem Motto: „Mit einem Realschulabschluss zum Diplom“ werben.

In dem intensiven Austausch, in dem auch die Forderung nach einer Campuslösung für Kaufbeuren und erforderliche Verbesserungen der Arbeitsausstattung in den Finanzämtern zur Sprache kamen, dankten Köbler und Dietz Peter Winter für die in den Nachtragshaushalt eingeflossenen Verbesserungen für die Finanz, insbesondere auch die neuen Stellen beim LfF, und warben dafür, die haushaltstechnischen Voraussetzungen für die jetzt nötigen Schritte zu schaffen. So seien auch hinsichtlich des kommenden Doppelhaushalts weitere Stellen für die Ausbildung und die bevorstehenden Zusatzaufgaben erforderlich. Gerade das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Neugestaltung der Grundsteuer werde zu erheblichen neuen Belastungen der Finanzverwaltung führen. Ein kluges und rechtzeitiges Vorgehen der Politik sei hier unerlässlich.